

Neuer Medienstaatsvertrag: Mehr Lokaljournalismus, weniger Schleichwerbung

BERLIN – Mehr Unterstützung für Lokaljournalismus, weniger Schleichwerbung: Zum 1. Oktober ist der neue Medienstaatsvertrag Berlin-Brandenburg in Kraft getreten. Beide Länderparlamente hatten im Juni (Brandenburg) und August (Berlin) zugestimmt. Neben zahlreichen medienrechtlichen Anpassungen an die Erfordernisse der digitalen Medienwelt werden die Rechte und Möglichkeiten der Medienanstalt Berlin-Brandenburg gestärkt.

Für die beiden Medienstaatssekretäre der Länder, Christian Gaebler und

Thomas Kralinski, ist der Medienstaatsvertrag damit „auf der Höhe der Zeit“: „Die sich schnell verändernde Medienwelt bekommt damit einen modernen Rechtsrahmen.“ Viele Verfahren wurden vereinfacht. So wurde das sogenannte Führerscheinmodell eingeführt: Die Zulassung für Rundfunkangebote ist damit unabhängig vom Übertragungsweg und nicht mehr zwangsläufig mit der Zuweisung von Übertragungskapazitäten (bspw. UKW- oder DVB-T-Frequenzen) verbunden. Aufsichtsmaßnahmen der Medienanstalt werden künftig direkt vollziehbar, auch bekommt sie bessere Möglichkeiten, gegen Schleichwerbung vorzugehen und für die Einhaltung journalistischer Standards bei lokalen und regionalen Rundfunkveranstaltern zu sorgen.

Brandenburgs Medienstaatssekretär **Thomas Kralinski**: „Aus Brandenburger

Sicht ist besonders wichtig, dass die Medienanstalt ein neues Förderinstrument an die Hand bekommt, mit dem sie lokaljournalistische Angebote unterstützen kann. Gerade in ländlicheren Regionen sind hier in den letzten Jahren große Defizite entstanden. Mit der Förderung von Rundfunk- und

Internetangeboten wollen wir dem bereits im kommenden Jahr entgegenwirken.“

Der Chef der Senatskanzlei Berlin, **Christian Gaebler**, weist auf die Stärkung der Freien Radios hin: „Freie Radios haben die Versuchsphase längst hinter sich gelassen und sind fester Teil unserer Medienlandschaft geworden. Die Förderung der technischen Infrastruktur und der Programmverbreitung der Freien Radios haben wir nun ebenfalls als Aufgabe der Medienanstalt rechtlich verankert.“

Stadtquartier Köpenick: Am Güterbahnhof entstehen 1.800 neue Wohnungen

KÖPENICK – Der Senat hat für das Areal des ehemaligen Güterbahnhofs Köpenick und angrenzende Bereiche eine städtebauliche Entwicklungsmaßnahme beschlossen.

Das Gebiet ist eines der 14 neuen Stadtquartiere, in denen das Land Berlin in den kommenden Jahren die Errichtung von 43.500 Wohnungen plant. Am ehemaligen Güterbahnhof Köpenick sollen rund 1.800 Wohnungen entstehen, mindestens 40 Prozent preis- und belegungsgebunden. Am Wohnungsbau auf den zukünftig landeseigenen Flächen sollen Genossenschaften mit mindestens 20 Prozent beteiligt werden. Zudem werden die vorhandenen kleinteiligen Gewerbebetriebe vor Ort gesichert und neue Arbeitsplätze geschaffen. Das neue Stadtquartier wird „autoarm“ angelegt und mit Mobility-Hubs und weiteren Mobilitätsangeboten ausgestattet werden.

Zwei Grundschulen und eine Integrierte Sekundarschule (ISS)

sollen künftig die Schulplatzversorgung in den benachbarten Quartieren des Bezirkes Treptow-Köpenick stärken und so das sich bereits heute abzeichnende Defizit ausgleichen. Im Zuge der Gebietsentwicklung wird das übergeordnete Straßennetz durch die geplante Ostumfahrung Bahnhofstraße ebenso wie das Fuß- und Radwegenetz bedarfsgerecht erweitert. So können die bestehenden verkehrlichen Engpässe und Barrieren überwunden und eine bessere Vernetzung mit den benachbarten Stadtteilen hergestellt werden.

Senatorin Katrin Lompscher (Die Linke): „Mit dem heutigen Beschluss sind wir mit der Revitalisierung des seit Anfang der 90er Jahre brachliegenden ehemaligen Güterbahnhofareals ein entscheidendes Stück vorangekommen. Die in den Gesprächen mit allen Betroffenen im Gebiet vorgebrachten Anregungen sind in die Konzeptionierung eingeflossen und werden bei den zukünftigen Planungsaufgaben für das neue Stadtquartier Berücksichtigung finden.“

Die Entstehung des neuen Quartiers ist mit einer umfassenden Neuordnung des vorhandenen Stadtgefüges verbunden. Parallel zu der geplanten Gebietsentwicklung wird mit dem von der Deutschen Bahn AG geplanten neuen Regionalbahnhof Köpenick unmittelbar am vorhandenen S-Bahnhof die übergeordnete Anbindung des neuen Stadtquartiers an den regionalen Schienenverkehr realisiert.

Angriff auf Polizisten in Zivil

TEMPELHOF – Auf dem Geweg des Mariendorfer Damms gerieten in der Nacht von Sonntag auf Montag (zwei Uhr) mehrere Männer im

Streit. Drei junge Männer griffen dabei drei vorbeigehende Männer mit Messern an. Zwei von ihnen wurden dabei am Oberkörper verletzt. Bei den vermeintlichen Opfern handelte es sich allerdings um drei Polizeibeamte, die privat unterwegs waren. Die Angreifer konnten zunächst flüchten, doch die alarmierten Kollegen der Beamten waren in kurzer Zeit da und nahmen das gewalttätige Trio in der Nähe des Tatortes fest.

10.000 demonstrierten in Berlin für den Schutz des menschlichen Lebens

BERLIN – „Ich bin jedes Jahr dabei, doch so viele waren wir noch nie“, schwärmte der frühere Bundestagsabgeordnete und Behindertenbeauftragte der Bundesregierung Hubert Hüppe (CDU) am Samstag, als sich der lange Demonstrationszug vom Reichstag aus in Bewegung setzte. Sicherlich 10.000 Teilnehmer aus allen Teilen Deutschlands waren zum traditionellen „Marsch für das Leben“ in die Hauptstadt gekommen, um FÜR etwas zu demonstrieren, nämlich für das uneingeschränkte Recht eines jeden Menschen auf Leben, vom natürlichen Beginn bis zum natürlichen Ende.

Der katholische Bischof Stefan Oster (Passau), begleitet vom Regensburger Bischof Rudolf Voderholzer, dem Görlitzer Bischof Wolfgang Ipolt und Weihbischof Matthias Heinrich (Berlin), stellte die Dimensionen des Problems der Massenabtreibung in Deutschland klar. Jedes Jahr würden nach offiziellen Zahlen in

Deutschland mehr als 100.000 ungeborene Kinder im Leib ihrer Mütter getötet, sagte Oster. Das seien etwa 300 Kinder an jedem Tag, zehn Schulklassen an eine einzigen Tag in Deutschland. Abtreibung sei damit die häufigste Todesursache, weit mehr als Krankheiten oder Krieg, rief der Bischof der Menge vor dem Reichstag zu. Oster: „Wir müssen uns bewusst werden, welche Schönheit jedes Leben ist.“

Die junge Maria Grundberger berichtete aus ihrer täglichen Arbeit als Beraterin für Frauen in einer Schwangerenkonfliktberatungsstelle. Unter starke Beifall forderte sie dazu auf, den Frauen in Not zu helfen und ein „abtreibungsfreies Europa“ zu schaffen.

Zuvor hatte der frühere CSU-Abgeordnete Norbert Geis die Frage aufgeworfen „Sind wir noch glaubwürdig wenn wir die Vögel und die Bienen schützen aber nicht mehr die Menschen?“ Und Bezug auf den Heiligen Johannes Paul II forderte Geis zum Aufbau einer „Zivilisation der Liebe“ auf. Im Demonstrationszug ging auch die AfD-Bundestagsabgeordnete Beatrix von Storch mit, ganz normal als Teilnehmerin in der Menge.

Den Kontrast zwischen denen, die die menschliche Liebe predigen, und denen, die blanken Hass aus ihren Herzen herausbrüllen, machten wenige Hundert linke Gegendemonstranten deutlich, die mit Trillerpfeifen und in lächerlichen Kostümchen mehrfach erfolglos versuchten, den großen Demonstrationszug zu stoppen. Einer trug ein Schild mit der Aufschrift „Einmal hin, nichts mehr drin“ und offenbarte so auf entwaffnende Art und Weise seine ganze Erbärmlichkeit.

CDU-Politiker Hüppe appelliert an Lebensschützer: Zeigt den Leuten, was wirklich passiert!

BERLIN – Nur wenige Stunden, nachdem Öko-Aktivisten der so genannten „Fridays for Future“-Bewegung die Hauptverkehrstraßen Berlins für Stunden lahmgelegt und Tausende Autofahrer genervt hatten, um dadurch das Klima zu retten, versammelten sich Lebensschützer aus ganz Deutschland am Freitag in der Hauptstadt. Sie wollen am Samstag beim alljährlichen Marsch für das Leben zu Tausenden für den Schutz des Lebens vom natürlichen Anfang bis zum natürlichen Ende demonstrieren.

Bei einer Fachtagung des Bundesverbandes Lebensrecht (BVL) mit dem Titel „Kultur des Lebens? Ideal und Wirklichkeit“ forderte dabei der frühere CDU-Bundestagsabgeordnete und Behindertenbeauftragte der Bundesregierung Hubert Hüppe (Foto) die Lebensschützer auf, im Kampf um den Schutz des menschlichen Lebens die Samthandschuhe auszuziehen. „Wir müssen die Bilder zeigen, was bei der Tötung eines ungeborenen Kindes wirklich passiert“, rief er unter starkem Beifall des bis auf den letzten Platz gefüllten Auditoriums aus. Und weiter „In diesen Zeiten werden Frauen zu Brutkästen degradiert. Wo sind eigentlich die Feministinnen, wenn diese Frauen in Not sind?“

Es sei vollkommen egal, ob man von Schwangerschaftsunterbrechung, Abtreibung oder Abbruch spreche, es gehe immer um die Tötung eines Menschen, sagte Hüppe.

Gunnar Schupelius von der *BZ*, wahrscheinlich meistgelesener

Kolumnist der Hauptstadt, schilderte, wie das Thema Abtreibung in den meisten Redaktionen behandelt wird – nämlich gar nicht. Schupelius: „Das Thema Abtreibung ist aus den Redaktionen komplett eliminiert worden.“ Würde das Thema in Redaktionen doch einmal angesprochen, werde es „reflexartig abgebügelt“. Niemand traue sich an diese Thematik unvoreingenommen heran.

Schupelius berichtete den Teilnehmern von einem Berliner Krankenhaus, in dem auf dem gleichen Flur Räume seien, in denen Frühgeburten gerettet und zeitgleich Spätabtreibungen vorgenommen würden.

Tausende Demonstranten werden heute vor dem Reichstag gegen diese Zustände demonstrieren. Um 13 Uhr gehts los.

Tag des Friedhofs in Berlin

BERLIN – Mit dem Tag des Friedhofs soll die vielfältige Bedeutung der Friedhöfe auch in Berlin vorgestellt werden. Er findet in der Regel jährlich am dritten Wochenende im September statt. An der Veranstaltung beteiligen sich bundesweit zahlreiche Friedhöfe.

In Berlin laden in diesem Jahr der evangelische Luisen-Friedhof III und der Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Friedhof in Charlottenburg zu einem Besuch ein. Die Ende des 19. Jahrhunderts angelegten Friedhöfe sind bedeutende Gartendenkmale.

Das Programm bietet unter anderem Führungen über beide Friedhöfe unter kulturhistorischen und naturkundlichen Aspekten sowie ein Alphornkonzert. Daneben gibt es ein breites Informations- und Beratungsangebot zu den Themen

Bestattungsvorsorge, Dauergrabpflege und zur Vielfalt der Berliner Friedhöfe.

Den Abschluss bildet eine Vorführung des Films „Nosferatu“ von 1922 mit musikalischer Begleitung am hundert Jahre alten Mannborg-Harmonium.

Termin: Sonntag, den 15. September 2019

Uhrzeit: 11:00 bis 17:00 Uhr

Ort: Luisen-Friedhof III und Kaiser-Wilhelm-Gedächtnisfriedhof
Fürstenbrunner Weg 67 und 69, 14059 Berlin (Charlottenburg)
Fahrverbindung: Bus 139; mit Fußweg: S-Bhf. Westend, Bus M45

Weitere Informationen finden Sie unter:

- www.berlin.de/senuvk/umwelt/stadtgruen/friedhoefe_begraebnisstaetten/de/tag_friedhof/

sowie

- www.tag-des-friedhofs.de

Illegales Autorennen: Fast alle Täter sind weg

NEUKÖLLN -Nach einem illegalen Autorennen haben Gäste einer Hochzeitgesellschaft in Neukölln Polizeibeamte bedrängt, so dass mehrere Verdächtige flüchten konnten. Der Vorfall ereignete sich am Mittwochabend gegen 20.30 Uhr wie die *Morgenpost* heute berichtet.

Danach hätten Einsatzkräfte beobachtet, wie ein Ferrari mit eingeschalteter Warnblinkanlage an der Kreuzung

Grenzallee/Sonnenallee über eine rote Ampel gefahren und in die Sonnenallee eingebogen sei. Dort haben zwei weitere Sportwagen – ein Porsche und ein Mercedes – gestanden, die losrasten bis in die Jupiterstraße, dann über die Neuköllnische Allee in Richtung Chris-Gueffroy-Allee. Dabei seien die drei Autos mit über 100 km/h gefahren.

Die Polizei konnte den Porsche stoppen. Bei der Aktion rollte das Fahrzeug gegen den Streifenwagen. Der 37-jährige Porschefahrer wurde festgenommen.

Von einer Hochzeitfeier in der Nähe kamen 30 bis 40 Feiernde und bedrängten die Polizeibeamten, so dass auch der Beifahrer des Porsche entkommen konnte. Die Fahrer des Mercedes und des Ferrari entkamen ebenfalls. Wenigstens wurde der Porsche beschlagnahmt.

Großrazzia gegen Bauunternehmen: Polizisten im Einsatz

BERLIN – 2.000 Polizeibeamte sind heute Vormittag bei einer Großrazzia gegen Schlepper und Sozialhilfebetrug vorgegangen. Dabei wurden 80 Wohnungen, Büros und Baustellen durchsucht. Die Beamten stellten dabei zahlreiche Computer und Smartphones sicher. Im Mittelpunkt der Ermittlungen standen sechs Führungskräfte eines Bauunternehmens. Zeitgleich wurden Geschäftsräume in Falkensee in Brandenburg sowie in Dessau und Halle in Sachsen-Anhalt durchsucht. Festnahmen gab es nicht,

Regierender reist nach Peking

BERLIN/PEKING – Peking und Berlin verbindet eine langjährige Städtepartnerschaft, die in diesem Jahr ihr 25-jähriges Bestehen feiert. Aus diesem Anlass wird der Regierende Bürgermeister Michael Müller (SPD) vom 25. bis zum 28. August die chinesische Hauptstadt besuchen. Müller wird begleitet vom Präsidenten des Abgeordnetenhauses, Ralf Wieland (SPD), sowie weiteren Abgeordneten.

Auf dem Programm stehen unter anderem ein Treffen mit dem Oberbürgermeister von Peking, Chen Jining, kulturelle Veranstaltungen, eine Visite des Wissenschaftsparks Zhongguancun, und eines E-Bus-Herstellers, einem Austausch im „Zentrum Verkehr Zukunft“ der Volkswagen AG, der Besuch eines Basketballspiels mit Alba Berlin, die eine Partnerschaft mit Peking unterhalten, sowie ein städtebaulicher Rundgang. Themenschwerpunkte der Reise sind neben den Jubiläumsfeierlichkeiten die Bereiche Stadtentwicklung, Mobilität und Digitalisierung.

194.000 neue Wohnungen in Berlin

BERLIN – In der gestrigen Sitzung des Berliner Senats wurde mit dem „Stadtentwicklungsplan (StEP) Wohnen 2030“ ein neuer

Masterplan für die Wohnungsbauentwicklung in Berlin vorgelegt. 194.000 neue Wohnungen werden bis 2030 gebraucht, mindestens die Hälfte als gemeinwohlorientierter Wohnraum für breite Bevölkerungsschichten. Dazu Senatorin Katrin Lompscher (Linke): „Verteilt über das gesamte Stadtgebiet brauchen wir vor allem für die Menschen zusätzlichen Wohnraum, die es am Wohnungsmarkt aufgrund ihrer Einkommenssituation besonders schwer haben. Paris oder London, wo sich selbst Normalverdiener die Miete kaum noch leisten können, sind warnende Beispiele.“